

Joachim Weeber

Deflation - was sagt die aktuelle Preismessung?

In Deutschland wird zunehmend vor einem deflationären Prozess gewarnt. Sind der gemessenen Preisentwicklung Hinweise auf eine Deflation zu entnehmen? Was kann die Geldpolitik und die Wirtschaftspolitik tun?

Kaum ein wirtschaftspolitisches Thema wird seit einigen Wochen in Europa, vor allem aber auch in Deutschland, so kontrovers diskutiert wie die Frage, ob wir uns der gesamtwirtschaftlichen Lage einer Deflation nähern bzw. uns möglicherweise bereits in einer solchen Situation befinden¹. In diesem Beitrag soll untersucht werden, welche Signale von der Preismessung zur Beantwortung dieser Frage ausgehen.

Nach dem Standardlehrbuch zur Geldtheorie von O. Issing, der zudem Mitglied des Europäischen Zentralbankrates ist und damit die Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion wesentlich mitbestimmt, sind zwei Aspekte für das Vorliegen einer Deflation zu beachten: Zum einen ist die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes, z.B. hinsichtlich der Entwicklung der Produktion, der Aktienkurse und der Beschäftigungssituation, zu beachten. Zum anderen wird Deflation bezogen auf die Preisentwicklung definiert als „ein Sinken des Preisniveaus“². Dabei wirft Issing auch die Frage nach dem „richtigen“ Preisindex auf, der zur Beurteilung einer solchen Situation herangezogen werden soll und der damit auch als Richtgröße für Entscheidungen der Geldpolitik verwendet wird³.

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex

Im Rahmen der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) spielt die Beobachtung des Verlaufs des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) eine zentrale Rolle bei der Feststellung, ob Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet erreicht wurde. Für die EZB liegt hierbei Preisstabilität vor, wenn ein Anstieg des HVPI für den Währungsraum von unter 2% erreicht wird⁴. Wie Abbildung 1 zeigt, liegt die Inflationsrate der letzten Monate bei einem Wert von 2%, sodass im

Sinne der Zielvorstellung der EZB für den gesamten Währungsraum von einer Stabilität des Preisniveaus gesprochen werden kann. Eine Deflation liegt danach für den HVPI insgesamt nicht vor.

Hinsichtlich der Entwicklung der einzelnen an der Europäischen Währungsunion beteiligten Staaten ist hier allerdings eine differenziertere Sichtweise einzunehmen. So ist zwar in einer Reihe von Staaten ein deutlicher Preisanstieg im Vorjahresvergleich festzustellen (Irland, Griechenland, Niederlande, Spanien, Portugal), und daher wird hier die Preisstabilität auch nicht erreicht, gleichzeitig bleiben aber einige andere Staaten bereits seit geraumer Zeit unter der Grenze von 2% Preisanstieg (vgl. Tabelle 1). Zu dieser Staatengruppe gehört seit Anfang 2002 auch Deutschland.

Diese Unterschiedlichkeit in der Preisentwicklung zwischen den Staaten des Euro-Währungsraums hat in der jüngeren Vergangenheit von Seiten der Wissenschaft zu der Forderung geführt, die Grenze für die Realisierung von Preisstabilität für den gesamten Währungsraum nach oben zu verschieben. Die Begründung hierfür basiert auf dem Balassa-Samuelson-Effekt. Danach werden, einfach gesagt, innerhalb eines Währungsgebietes unterschiedliche Inflationsraten existieren, solange es ein Wachstumsgefälle zwischen den Staaten gibt. Die schnell wachsenden Länder innerhalb einer Währungsunion, die sich in

¹ Vgl. dazu beispielhaft o.V.: Gefahr der Deflation wird unterschätzt, in: Börsen-Zeitung Nr. 178 vom 14.9.2002, S. 3; H. Schmieding: Deflation ist die falsche Diagnose, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 232 vom 7.10.2002, S. 28.

² O. Issing: Einführung in die Geldtheorie, 2. Aufl., München 2001, S. 200.

³ Vgl. auch Europäische Zentralbank: Indizes zur Messung der Kerninflation im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht Juli, Frankfurt a.M. 2001, S. 66.

⁴ Vgl. Europäische Zentralbank: Jährliche Überprüfung des Referenzwertes für das Geldmengenwachstum, Monatsbericht Dezember, Frankfurt a.M. 2001, S. 11.

Prof. Dr. Joachim Weeber, 44, ist Dozent an der Fachhochschule Nordakademie, Elmshorn.

INFLATIONSRATE

Inflationsraten in den EWU-Ländern

Land	Gewicht		Harmonisierte Lebenshaltungspreise (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)				
	2002	2001	2001	2000	Okt.02	Sep.02	Aug.02
Belgien	34,0	33,3	2,4	2,7	1,3	1,2	1,3
Deutschland	305,6	309,3	2,4	2,1	1,3	1,0	1,0
Finnland	15,9	16,0	2,7	3,0	1,7	1,4	1,8
Frankreich	204,1	204,7	1,8	1,8	1,9	1,8	1,8
Griechenland	24,7	24,5	3,7	2,9	3,9	3,8	3,8
Irland	12,1	11,7	4,0	5,3	4,4	4,5	4,5
Italien	193,4	187,1	2,3	2,6	2,8	2,8	2,6
Luxemburg	2,6	2,6	2,4	3,8	2,5	2,2	2,0
Niederlande	52,0	52,6	5,1	2,3	3,6	3,7	3,8
Österreich	31,8	32,7	2,3	2,0	1,8	1,6	2,1
Portugal	20,4	21,1	4,1	2,8	4,1	3,8	3,9
Spanien	103,4	104,5	3,2	3,5	4,0	3,5	3,7
EWU	1000,0	1000,0	2,5	2,3	2,3	2,1	2,2

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft.

einem länger andauernden Aufholprozess befinden, erfahren insgesamt einen dauerhaft stärkeren Anstieg der Preise bei den nicht-handelbaren Gütern und Dienstleistungen⁵. Dagegen werden andere Staaten bei einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung ein geringeres Preisrisikopotenzial aufweisen.

Richtet sich die Geldpolitik bei ihrer Verfolgung des Zieles der Preisstabilität nunmehr am Durchschnitt der Länder einer Währungsunion aus, ist die Zinspolitik gegenüber den letztgenannten Staaten nach Sinn/Reutter zu restriktiv. Daher fordern sie: „Die EZB sollte ihr Inflationsziel um einen halben Prozentpunkt erhöhen, damit die deutsche Inflationsrate das alte Bundesbankziel erreichen kann.“⁶ Bezogen auf die aktuelle Preissituation wären daher die Zinsen zu hoch und dann, so Sinn, „könnte Deutschland in die Deflation gedrückt werden“⁷.

Ein Argument gegen das dauerhafte Bestehen von Inflationsdifferenzen ist allerdings, dass sich solche Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen einzelnen Ländern einer Währungsunion auch aus unterschiedlichen Konjunkturzyklen ergeben können. Dann aber würden sich, über einen überschaubaren

Zeithorizont, solche Inflationsdifferenzen wieder ausgleichen. Zudem kann für geldpolitische Entscheidungen nur die Inflationsentwicklung in einer Währungsunion insgesamt von Bedeutung sein, da die zuständige Zentralbank, hier also die EZB, nur einen „einheitlichen, für alle Länder gültigen Notenbankzins festsetzen kann“⁸.

Wirtschaftspolitische Bedeutung der 2%-Grenze

In jüngster Zeit werden Überlegungen angestellt, ob die Unterschreitung der 2%-Grenze nicht bereits eine Unterschreitung der Preisstabilität darstellt und damit, im Sinne der Definition Issings, den Tatbestand der Deflation erfüllt. Die Argumentation ist dabei nicht neu. Sie resultiert aus der Erkenntnis, dass die Messung von Preisniveaustabilität bzw. von Inflation mit erheblichen Problemen verbunden ist. Wegen solcher Schwierigkeiten in der Erfassung geht man daher häufig von einer Marge der Veränderung der berechneten Preisindizes der Lebenshaltung aus, innerhalb derer nicht oder nur bedingt von Inflation gesprochen wird. So ist die Deutsche Bundesbank bei der Formulierung ihrer letzten Geldmengenziele davon ausgegangen, dass ein Anstieg des Preisindexes für die Lebenshaltung in Höhe von 1½ % bis 2 % pro Jahr mittelfristig noch tolerierbar ist⁹. Besonders bedeutsam ist dies

⁵ Vgl. ausführlich zur Ableitung Europäische Zentralbank: Der Balassa-Samuelson-Effekt, Monatsbericht Oktober, Frankfurt a.M. 1999, S. 45 f.

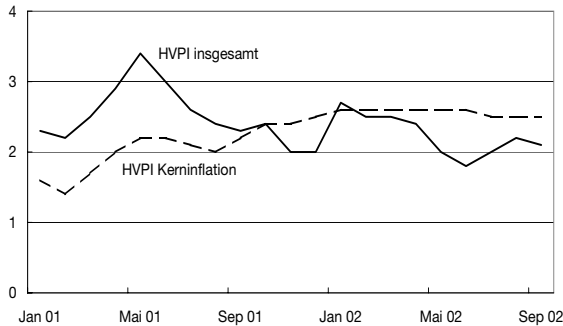
⁶ H.-W. Sinn, M. Reutter: Die Mindestinflationsrate für die Euro-Länder, in: ifo Schnelldienst, 53. Jg. (2000), S. 23; sowie dies.: The Minimum Inflation Rate for Euroland, CESifo Working Paper Nr. 377, München 2000.

⁷ H.-W. Sinn: Unternehmen in der Steuerfalle, Interview mit H.-W. Sinn vom 22.10.2001, www.n-tv.de.

⁸ BHF-Bank: Inflationsdifferenzen in der EWU nur zum Teil ein Problem, in: BHF-Wirtschaftsdienst Nr. 2011, 31.3.2001. Zudem zeigt die Preisentwicklung in verschiedenen Bundesländern aus der Zeit der D-Mark, dass es in einem Währungsraum selbst nach Jahrzehnten unterschiedliche Inflationsraten geben kann.

⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Geldmengenstrategie 1997/98, Monatsbericht Januar, Frankfurt a. M. 1997, S. 22.

Abbildung 1
Die Entwicklung des HVPI seit Januar 2001
 (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)



Quelle: Europäische Zentralbank.

aber bei sehr niedrigen Preissteigerungsraten, wie wir sie derzeit haben. Durch die regelmäßige Überarbeitung des der Preismessung zu Grunde liegenden Wägungsschemas durch das Statistische Bundesamt (in der Regel alle fünf Jahre) sollen die Probleme der Preismessung gemildert werden.

Diese Unschärfen der Preismessung resultieren aus dem spezifischen Aufbau des Messverfahrens. So liegt dem für die Berechnung der Inflationsrate relevanten Verbraucherpreisindex die durchschnittliche Ausgabenstruktur aller privaten Haushalte zu Grunde. Da eine vollständige Erfassung sämtlicher Preise aller angebotenen und von den privaten Haushalten gekauften Waren und Dienstleistungen nicht möglich ist, ermittelt das Statistische Bundesamt den so genannten Warenkorb. Dieser Warenkorb basiert dabei auf vom Statistischen Bundesamt erhobenen Verbrauchsstichproben, aus denen die Zusammensetzung der konsumierten Waren und Dienstleistungen des durchschnittlichen Haushalts für ein bestimmtes Jahr, dem Basisjahr, ermittelt wird. Auf dieser Grundlage gehen die Preise der in diesem Warenkorb enthaltenen Produkte - gewichtet mit deren Anteilen an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte - in den Preisindex für die Lebenshaltung ein. Dieses Wägungsschema bleibt dann bis zur Berechnung der neuen Preisbasis konstant.

Messprobleme

Aus diesem Aufbau der Preisermittlung resultieren schließlich unterschiedliche Effekte, die für die „Unge nauigkeit“ der Preismessung verantwortlich sind. Die wichtigsten Messprobleme sind:

- *Substitutionsvorgänge im Verbrauch der privaten Haushalte:* Da der Preisindex für die Lebenshaltung in Form eines Laspeyres-Index berechnet wird,

bleibt die Mengenstruktur konstant und es wird nur die Veränderung der Preise der entsprechenden Güter berechnet. Durch die Verwendung der Laspeyres-Formel wird also auch für die dem Basisjahr folgenden Perioden unterstellt, dass die Konsumenten unverändert an der Verbrauchsstruktur der Ausgangsperiode festhalten. In der Realität allerdings dürften die Wirtschaftssubjekte - werden „normale“ Verhaltensweisen unterstellt - zunehmend teurer gewordene durch billigere Produkte ersetzen, sodass der den Käufer treffende Preis auftrieb durch das Festhalten am Warenkorb eines Basiszeitraumes tendenziell überhöht ausgewiesen wird (so genannter Laspeyres-Effekt).

- *Qualitätsverbesserungen:* Schwierigkeiten bereitet auch die Aufspaltung möglicher Preisanhebungen in „echte“ Preissteigerungen und in solche, die vollständig oder nur zum Teil auf Qualitätsverbesserungen der Produkte zurückzuführen sind. Eine solche „unechte“ Preissteigerung kann in der Regel, vor allem unter geldpolitischen Aspekten, kaum als Teuerung angesehen werden. Zwar wird inzwischen vom Statistischen Bundesamt versucht, solche qualitätsbedingten Preissteigerungen aus wenigen Produkten herauszurechnen (dies gilt etwa für den Personalcomputer). Es kann aber davon ausgegangen werden, dass angesichts der bisher noch unzureichenden Erfahrungen weiterhin Messungenauigkeiten für die überwiegende Mehrzahl der Güter und Dienstleistungen bestehen.
- *Das Auftreten neuer Produkte:* Eng verwandt mit der Untererfassung von Preiswirkungen durch Qualitätsänderung von bereits im Warenkorb enthaltenen Produkten ist das Auftreten neuer Güter und Dienstleistungen. Diese können erst bei der Zusammenstellung eines neuen Warenkorbes berücksichtigt werden. Dabei sind die statistischen Verzerrungen bei der Preismessung umso größer, je größer der Durchdringungsgrad dieser neuen Produkte im täglichen Leben ist. Dies gilt auch für den Fall, dass ein neues Produkt zum Zeitpunkt der Erstellung des alten Warenkorbes zwar schon auf dem Markt verfügbar war, aber etwa wegen seines hohen Preises vom Verbraucher im Basisjahr entweder gar nicht oder noch nicht in ausreichendem Maße nachgefragt wurde und damit auch im Warenkorb nicht berücksichtigt werden konnte. Erst bei der im Frühjahr 2003 geplanten Veröffentlichung des neuen Warenkorbes für den deutschen Verbraucherpreisindex dürften deshalb „neue“ Produkte, wie z.B. das Handy oder

der DVD-Player mit den entsprechenden Anteilsge-
wichten vertreten sein.

Preisstabilität erreicht

Auf Grund der erheblichen Bedeutung der Fehler-
problematik für die Entscheidungen der Geldpolitik
wurden auf nationaler und internationaler Ebene zahl-
reiche Untersuchungen zur Ermittlung der Größenord-
nung des Messfehlers durchgeführt. Für Deutschland
kam in der umfassendsten Analyse Hoffmann zu dem
Ergebnis, dass der systematische „Fehler bei der In-
flationsmessung in normalen Zeiten insgesamt rund $\frac{3}{4}$
Prozentpunkte pro Jahr beträgt. ... In Zeiten allgemein
rückläufiger Preise könnte der ‚Bias‘ allerdings größer
sein.“¹⁰ In internationalen Studien wird der Messfehler
zum Teil höher eingeschätzt. Schätzungen gehen hier
von bis zu $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkten aus¹¹. Daher sprachen
auch Mitglieder des Zentralbankrates der Deutschen
Bundesbank, dem Gremium, das für die Geldpolitik
in Deutschland verantwortlich war, im Herbst 1996
davon, dass bei einer Inflationsrate von rund $1\frac{1}{2}\%$ das
„Ziel der Preisstabilität praktisch erreicht“¹² sei.

Da sich in den vergangenen Monaten in Deutsch-
land die Preissteigerungsraten im Vorjahresvergleich
zeitweise auf unter 1% beliefen, wurde damit Preis-
stabilität zumindest in Deutschland deutlich erreicht.
Klammert man bei der Analyse den starken Preisan-
stieg am Jahresanfang 2002 aus (etwa verursacht
durch einen mehr oder weniger großen Teuro-Effekt,
aber auch durch Verbrauchsteuererhöhungen) und
berechnet dagegen nur die Entwicklung der letzten
sechs Monate in Form einer Jahresrate auf das ganze
Jahr hoch, dann liegt die derzeitige Inflationsrate in
Deutschland bei einem viertel Prozent.

Ob allerdings bei solchen Inflationsraten bereits
von einer deflationären Entwicklung gesprochen wer-
den kann, ist zumindest strittig. Vor allem kurzfristige
„sektorspezifische Störungen“ können den Blick auf
mittel- und längerfristige Preistrends verstellen¹³. Vor
allem politische Spannungen und saisonale Einflüsse
(Witterungsbedingungen) können zu einer hohen Vo-

lilität einzelner Produktpreise führen. Daher werden
zur Beobachtung von Preistrends auch Kerninflati-
onsraten verwendet. Häufig ausgeklammert werden
hierfür die Preise für Energie (besonders Erdölproduk-
te) sowie saisonabhängiger Nahrungsmittel. Bei der
Verwendung eines solchen Index (HVPI ohne Energie
und unverarbeitete Nahrungsmittel) zeigt sich, dass
die Kerninflationsrate für den gesamten Euro-Wäh-
rungsraum noch über der 2%-Grenze liegt. Danach
signalisiert dieser Indikator auch weiterhin eine Situa-
tion, die als Eintrübung der Preisstabilität im gesamten
Euro-Währungsraum bezeichnet werden kann. Aber
auch nach diesem Indikator ist der Preisauftrieb in den
letzten Monaten deutlich schwächer geworden.

Der staatliche Einfluss

Im Rahmen der jüngsten Deflationsdiskussion wird
zudem ein Blick auf die unterschiedlichen Einfluss-
faktoren der Preisentwicklung gerichtet. In den 90er
Jahren und zur Jahrtausendwende spielte etwa der
Staat eine wichtige Rolle bei dem starken Anstieg
der Preise¹⁴. Angesichts der permanenten finanziellen
Probleme der öffentlichen Kassen wurden schon in
den vergangenen Jahren zahlreiche Beschlüsse zur
Verbesserung der Einnahmenseite beschlossen. Ein
Teil dieser Beschlüsse hatte zum Teil erhebliche Aus-
wirkungen auf die Preise der hiervon betroffenen Güter
und Dienstleistungen. Damit rückte der Einfluss des
Staates auf die Preisentwicklung immer mehr als Ver-
ursacher in den Mittelpunkt der Analyse. Wirtschafts-
politische Brisanz gewannen die damaligen Ergebnisse
vor dem Hintergrund der Frage, ob die geldpolitischen
Entscheidungsträger einen administriert verursachten
Preisanstieg durch eine Geldmengenexpansion ali-
mentieren sollten. In der Wissenschaft gibt es dazu
unterschiedliche Ansichten¹⁵.

Aber auch in den vergangenen Monaten wurden
solche Effekte in die Preisanalyse einbezogen¹⁶.
Vor dem aktuellen Szenario möglicher deflationärer
Tendenzen kehrt sich das Interesse an den Preis-
wirkungen staatlicher Aktivitäten allerdings um. Nun

¹⁰ J. Hoffmann: Probleme der Inflationsmessung in Deutschland, Diskussionspapier 1/98, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a.M. 1998, S. 198.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 195.

¹² O. Issing: Aktuelle Fragen der Geld- und Währungspolitik, Vortrag beim Luxemburger Finanzmarkt-Forum 1996, gehalten am 17.10.1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 66, vom 21.10.1996, S. 3-7, hier S. 3. Die monatliche Inflationsrate bewegte sich im Verlauf des Jahres 1996 in einem Korridor zwischen 1,3% und 1,5%.

¹³ Europäische Zentralbank: Indizes zur Messung der Kerninflation im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht Juli, Frankfurt a.M. 2001, S. 55.

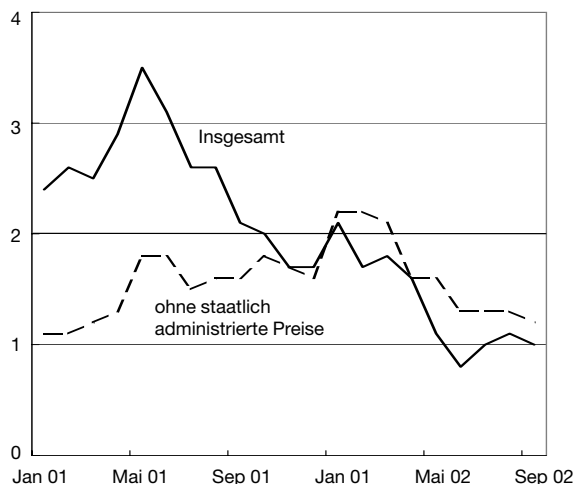
¹⁴ Vgl. J. Weeber: Preisschub durch den Staat?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 10, S. 592 f.

¹⁵ Vgl. dazu die Stellungnahmen in Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Die wirtschaftliche Integration in Deutschland: Perspektiven-Wege-Risiken, Jahresgutachten 1991/92, Stuttgart 1991, S. 181, sowie das dort veröffentlichte Minderheitenvotum von H. Siebert.

¹⁶ Vgl. etwa H. Remsperger: Inflationsdifferenzen als Problem in der EWU sowie im Aufholprozess der Beitrittsländer?, Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 31 vom 10.7.2002, Frankfurt a.M., S. 2 f. Etwas älter Deutsche Bundesbank: Kerninflationsraten als Hilfsmittel der Preisanalyse, Monatsbericht April, Frankfurt a.M. 2000, S. 49 f.

Abbildung 2
Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland
seit Anfang 2001

(Veränderungen gegenüber Vorjahr in %)



¹ Der gesamte Verbraucherpreisindex bezieht sich auf den Preis für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; ohne staatlichen Einfluss ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ohne staatlich administrierte Komponenten.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2002/2003.

interessiert die Frage, inwieweit die derzeit niedrigen Preissteigerungsraten durch einen Nachfrageausfall zu Stande kommen, oder durch staatliche Entscheidungen maßgeblich bestimmt werden. Staatliche Maßnahmen führen aber nur dann zu Preisveränderungen, wenn sie direkt am jeweiligen Gut bzw. der jeweiligen Dienstleistung ansetzen. Beschlüsse etwa zur Einkommensteuer haben keine direkten Auswirkungen auf die Inflationsrate.

Gemessen werden kann der staatlich Einfluss durch einen Index staatlich administrierter Preise, der in unterschiedlichen Ausführungen in der Literatur existiert. Der Staat kann sowohl direkt als Eigentümer öffentlicher Unternehmen als auch kraft seiner hoheitlichen Befugnisse durch Gesetze, Anordnungen oder Richtlinien Tarife oder Gebühren festlegen und auch spezielle Verbrauchsteuern erheben. Damit werden als staatlich administriert die Verbraucherpreise angesehen, die zu

¹⁷ Da die deutsche Entwicklung der Verbraucherpreise mit dem größten Gewicht (gut 30%) in den HVPI eingeht, beeinflusst die Preisveränderung der staatlich administrierten Bestandteile des Warenkorbes auch die Entwicklung des HVPI. Solche Indizes für Deutschland wurden gerade in dieser Zeitschrift vorgestellt und diskutiert. Vgl. dazu etwa J. Weber: Preisschub durch den Staat? a.a.O. sowie die dort angegebene Literatur.

einem nicht unerheblichen Teil von der direkten oder indirekten Preissetzungsbefugnis des Staates abhängen oder sich durch einen hohen Verbrauchsteueranteil auszeichnen.

Da die geldpolitischen Entscheidungen den Euro-Währungsraum insgesamt betreffen, wäre es für solche Analysen eigentlich notwendig, einen staatlich administrierten Preisindex für den gesamten Währungsraum zu besitzen. Ein solcher Index steht aber bisher nicht zur Verfügung. Für die Bundesrepublik Deutschland sind in der Vergangenheit solche Indizes dagegen bereits konstruiert worden¹⁷.

Berechnungen des Sachverständigenrates

Die aktuellsten Ergebnisse zur Berechnung des staatlichen Einflusses auf die Verbraucherpreise in Deutschland wurden vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) in seinem neuen Jahresgutachten vorgelegt¹⁸.

Der SVR unterscheidet in seinem Index vier Kategorien des staatlichen Einflusses auf die Preise von Gütern und Dienstleistungen:

- **Direktadministrierte Verbraucherpreise:** Die Preise für diese Gütergruppe werden vom Staat bzw. dessen Institutionen direkt festgelegt. Hierzu zählen etwa kommunale Gebühren sowie Personen- bzw. Güterbeförderung.
- **Güter und Dienstleistungen mit genehmigungspflichtigen Tarifen:** Unter diesem Titel werden all jene Güter und Dienstleistungen subsumiert, die zwar von privaten Anbietern - zum Teil unter öffentlicher Beteiligung - an die Endverbraucher geliefert werden, deren Preisfestlegung jedoch einer staatlichen Genehmigung bedarf. Größere Einzelgruppen sind die so genannten Sozialmieten im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und die Leistungen der Versorgungsunternehmen.
- **Güter mit speziellen Verbrauchsteuern:** Hierunter fallen vor allem Güter, die der Mineralölsteuer unterliegen. Hinzu kommen ausgewählte Genussmittel. Allerdings gilt für diese quasiadministrierten Verbraucherpreise, dass in deren Preise sowohl administrierte (Steuern) und marktbestimmte Bestandteile enthalten sind.
- **Güter mit indirekt administrierten Preisen:** Zahlreiche Nahrungsmittel werden hier erfasst, die entweder

¹⁸ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003, Wiesbaden 2002.

der binnenwirtschaftlichen Preisregulierung oder einem speziellen Außenschutz der Europäischen Gemeinschaft unterliegen.

Insgesamt werden damit die Preise von mehr als einem Drittel aller Güter und Dienstleistungen durch den Staat mehr oder weniger stark beeinflusst.

Die Ergebnisse des Sachverständigenrates sind dargestellt in Abbildung 2. Es zeigt sich, dass sich seit Herbst 2001 auch der Anstieg der Verbraucherpreise ohne staatlich administrierte Güter und Dienstleistungen in Deutschland tendenziell verlangsamt hat. Damit bewegen sich die Inflationsraten auch für marktbestimmte Güter und Dienstleistungen in einem leichten Abwärtskanal. Bereinigt man diese Preisentwicklung um die oben beschriebenen Messfehler mehrten sich damit die Hinweise, dass in Deutschland mittlerweile eine Nullinflation bei den von Angebot und Nachfrage bestimmten Preisen erreicht ist.

Ergebnisse

Die für die Geldpolitik besonders interessanten Indizes des HVPI und der Kerninflationsrate zeigen derzeit keine Deflation an. Allerdings gibt es Anzeichen, dass mit einem weiteren Rückgang der Inflationsrate gerechnet werden kann, wenn sich etwa die Aufwertungsbeziehung des Euro an den Devisenmärkten fortsetzt und sich die konjunkturelle Entwicklung im Währungsgebiet weiterhin schleppend entwickelt¹⁹. In Deutschland stellen Inflationsraten von 1% ein sehr hohes Maß an Preisstabilität dar - vor allem unter Berücksichtigung der bekannten Unschärfen in der Inflationsmessung²⁰. Dabei spielt die unzureichende wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland, seit 1992 wurde lediglich eine jahres-

durchschnittliche Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes von gut 1% erreicht, eine entscheidende Rolle. Ein Abgleiten in eine Deflation wird derzeit zwar nicht erwartet, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden. So ist das Gefährdungspotenzial der heutigen Situation höher einzuschätzen, als im Vergleich zur letzten Phase der Preisstabilität in Deutschland in den Jahren 1998/1999. Damals wurden die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung erheblich positiver beurteilt - die prognostizierten Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes lagen für die folgenden Jahre bei 2% und darüber²¹. Daher sollte das Hauptaugenmerk auf den zweiten Teil der Definition von Issing gelegt werden - der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes.

Was kann die Wirtschaftspolitik tun? Eine gemeinsame Geldpolitik kann auf die Entwicklungen in einzelnen Ländern nicht eingehen. Sie hat den gesamten Währungsraum zu beachten²². „Sie ist weder aufgerufen noch in der Lage, das Wachstums- und Inflationsgefälle innerhalb der Währungsunion zu beeinflussen.“²³ Für Deutschland bedeutet dies, dass die Gefahren einer deflationären Entwicklung vor allem durch die nationale Wirtschaftspolitik abzuwenden sind. Hier kann eine deutliche Anhebung des mittelfristigen Wachstumspfades nicht nur zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage beitragen (die Erfolge der Maßnahmen im Rahmen der Hartz-Vorstellungen sind abzuwarten), sondern auch zu einer Abwendung deflationärer Gefahren führen. Angesichts der derzeitigen Maßnahmen und Vorstellungen der Bundesregierung gehen allerdings sowohl die Wirtschaftsforschungsinstitute²⁴ als auch die „Fünf Weisen“²⁵ von allenfalls verhaltenem Wirtschaftswachstum für die nächste Zeit aus. Hinzu kommt die anhaltende depressive Stimmung in nahezu allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens. Insgesamt gesehen, stimmen daher sowohl die aktuelle wirtschaftliche Lage als auch die weiteren Aussichten eher betrüblich.

¹⁹ Vgl. auch die Ansicht des Internationalen Währungsfonds zur aktuellen Situation: O.V.: IWF geht mit der Geldpolitik der EZB scharf ins Gericht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 252 vom 30.10.2002, S. 14.

²⁰ Daher sind die Kommentare zur Einschätzung der derzeitigen Situation in Deutschland, im Vergleich zu der Lage in anderen Staaten (Ausnahme: Japan), deutlich mehr von der Besorgnis geprägt, dass Deutschland in eine Deflation abgleiten könnte. Vgl. dazu etwa die Presseberichte über das im November 2002 stattgefundenen Symposium der Herbert-Giersch-Stiftung zur Frage: „Die Weltwirtschaft in der Deflation?“, o.V.: Deutschland droht die Deflation, in: Handelsblatt Nr. 217 vom 11.11.2002, S. 11; sowie o.V.: Ökonomen sehen Deflationsrisiko für Deutschland, in: Financial Times Nr. 218 vom 11.11.2002, S. 18. Besonders in den USA sind nach den Ausführungen der Teilnehmer die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen merklich günstiger zu beurteilen. Damit sei in der dortigen Bevölkerung auch eine erhebliche positivere Grundstimmung insgesamt vorhanden.

²¹ Vgl. auch die Ausführungen im Zeitgespräch „Haben wir eine Deflation?“ von W. Filc: Das Menetekel der Deflation; H. Flassbeck: Europa auf dem Weg in die Deflation?; E. Wohlers: Deflation - viel Lärm um nichts?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 78. Jg. (1998), H. 8, S.447 ff.

²² Vgl. J. Eckhoff, J. Weeber: Der Euro verändert die Wirtschaftspolitik, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 80. Jg. (2000), H. 1, S. 37 f., sowie O. Issing: Anmerkungen zur Koordinierung der makroökonomischen Politik in der WWU, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 71. (2002), H. 3, S. 312 f.

²³ H. Remsperger: Konvergenz und Divergenz in der Europäischen Währungsunion, Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 20 vom 27.4.2001, Frankfurt a.M., S. 3-7, hier S. 5.

²⁴ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002, HWWA Report 221, Hamburg 2002.

²⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zwanzig Punkte ..., a.a.o.